



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Postfach 12 06 29,  
53048 Bonn

Nicaragua-Verein Düsseldorf e.V.  
Frau Regina Barth  
Herrn Gerhard Roth  
Eduard-Schloemann-Str. 48  
40237 Düsseldorf

TEL +49 22899 305-2470

FAX +49 22899 305-3225

igi6@bmu.bund.de

www.bmu.de

Bonn, den 31. August 2012

Sehr geehrte Frau Barth, sehr geehrter Herr Roth,

Herr Bundesminister Altmaier bedankt sich für Ihr Schreiben vom 18. August 2012 zum Thema Biokraftstoffe. Er hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Ein wesentlicher Vorteil von Biokraftstoffen ist die Verminderung unserer Abhängigkeit vom Erdöl, dessen Vorräte begrenzt sind und das oftmals aus politisch instabilen Ländern importiert wird. Etwa 90 % der benötigten Rohstoffe für Bioethanol dagegen wächst in Deutschland oder Europa. Biokraftstoffe tragen somit dazu bei, unsere Energieversorgung zu sichern. Die Wertschöpfung erfolgt dabei in Europa und nicht in Ölförderländern.

Die globale Klimaänderung zumindest in Schranken zu halten, ist Aufgabe und Ziel der gesamten Staatengemeinschaft. Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur muss auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Im Verkehrsbereich muss man technisch vor allem an zwei Stellen ansetzen: Am Fahrzeug und bei den



Seite 2

Kraftstoffen. Für effizientere Fahrzeuge gibt es seit 2009 klare Vorschriften. Im Dieselmotorkraftstoff ist bereits bis zu sieben Prozent Biodiesel enthalten. Seit Ende 2010 ist auch bei Ottomotorkraftstoffen eine höhere Zumischung von Bioethanol möglich.

Um die Umweltverträglichkeit von Biokraftstoffen zu gewährleisten, wurden auf der europäischen Ebene Nachhaltigkeitsanforderungen für Biokraftstoffe festgelegt, die von Deutschland wesentlich mitgeprägt wurden. In Deutschland erfolgte die Umsetzung in einer entsprechenden Verordnung. Seit Januar 2011 muss die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen und zur Stromerzeugung eingesetzten Pflanzenölen nachgewiesen werden, wenn eine Förderung in Anspruch genommen wird. Voraussetzung ist unter anderem, dass durch Verwendung der Biokraftstoffe mindestens 35 % weniger Treibhausgase emittiert werden als bei der Nutzung fossiler Kraftstoffe.

Dabei muss der Anbau von Nahrungsmitteln Vorrang vor dem Anbau von Energiepflanzen haben. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche zur Produktion von Nahrungsmitteln ist weltweit begrenzt. Auf die Produktionsmenge haben neben der Marktentwicklung auch Witterung, Produktivität, Ernte- und Nachernteverluste Einfluss. Mit rund 144 Mio. Tonnen (2008) fließen aber nur rund 6,4 Prozent der Weltgetreideernte (2,2 Mrd. Tonnen) in die Produktion von Biokraftstoffen. Und nur auf 2 bis 3 Prozent der weltweiten Ackerflächen werden derzeit Energiepflanzen wie Raps, Mais, Zuckerrohr oder Ölpalmen angebaut.

Hinzu kommt, dass Hunger vor allem ein Armutsproblem ist. Es hat mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun und bedeutet nicht, dass grundsätzlich zu wenig Nahrungsmittel produziert würden.

